Bremen im Sparmodus: Politische Entscheidungen für 2026 und 2027 stehen an!

Bremen plant 2026/27 Sparmaßnahmen wegen angespannter Haushaltslage. Investitionen in Bildung und Infrastruktur bleiben prioritär.

Bremen, Deutschland - Die rot-grün-rote Koalition in Bremen steht vor einem gewaltigen Umbruch, denn für die Jahre 2026 und 2027 ist ein strenger Sparkurs angesagt. Als Grund für die scharfen Einschnitte wird die angespannte Haushaltslage des Stadtstaates angeführt. Der Finanzsenator Björn Fecker (Grüne) ist sich sicher, dass es in den kommenden Monaten zahlreiche Diskussionen über die geplanten Maßnahmen geben wird. Laut **t-online.de** betrifft dieser Sparkurs vor allem Kinder und Jugendliche. So wird die Freikarte für Volksfeste abgeschafft, was bei vielen Eltern wohl auf wenig Gegenliebe stoßen dürfte.

Ein weiteres Schattenkind des Sparplans ist die Sanierung des Domshofs, die auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Auch die Zusammenlegung von Gesellschaften steht im Raum. Um die finanziellen Mittel etwas aufzustocken, wird die Vergnügungssteuer für Spielautomaten auf 25 Prozent erhöht. Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) macht die wirtschaftliche Lage, die steigenden Sozialausgaben und internationale Unsicherheiten für diese drastischen Maßnahmen verantwortlich.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und geplante Investitionen

Trotz der Sparmaßnahmen plant Bremen jedoch, 100 Millionen Euro in zentrale Hafenprojekte zu investieren, darunter die dringende Sanierung der Stromkaje. Hafensenatorin Kristina Vogt (Linke) betont den Zeitdruck, unter dem diese Projekte stehen. Dies wird durch die zunehmend besorgniserregende finanzielle Lage der Stadt verstärkt. Im Koalitionsausschuss informierte Finanzsenator Fecker, dass Bremens finanzielle Handlungsspielräume in den nächsten zwei Jahren gleich null sind. Ein weiterer Hinweis auf die prekäre Situation ist, dass Bremen keine notlagenbedingten Kredite aufnehmen kann, da die Schuldenbremse dies nicht zulässt, so **weser-kurier.de**.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind alles andere als rosig. Die Ausgaben steigen kontinuierlich, während die Einnahmen stagnieren oder sogar sinken könnten, insbesondere aufgrund drohender neuer Bundesgesetze, die die mittlerweile leicht gestiegenen Steuereinnahmen egalisieren könnten. Die Mai-Steuerschätzung könnte aufgrund der Wirtschaftsflaute negativ ausfallen, warnt **buten un binnen** zur aktuellen Situation. Personalausgaben machen bereits etwa 40 Prozent des gesamten Haushalts aus, und die Kosten steigen rapide an, besonders im Sozial- und Bildungsbereich.

Wie geht es weiter?

Die Abgeordneten bereiten sich auf einen straffen Zeitplan vor: Ende März oder Anfang April sollen die Eckwerte des Senats beschlossen werden, gefolgt von einem endgültigen Haushaltsentwurf nach den Sommerferien. Die parlamentarische Beratung wird voraussichtlich im September stattfinden, bevor im November die Beschlussfassung ansteht. Dabei ist ein Bildungsetat geplant, der jährlich um 20 Millionen Euro erhöht werden soll. Das kommt zur richtigen Zeit, werden doch neue iPads für die Schülerinnen und Schüler sowie der Bau von 4.000 Wohnungen angestrebt, um die Situation etwas zu entspannen.

Bleibt zu hoffen, dass die Koalition trotz der schwierigen Lage ein gutes Händchen zeigt und die richtigen prioritäten setzt, um sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Entwicklung Bremens voranzubringen.

Details	
Ort	Bremen, Deutschland
Quellen	• **www.t-online.de** • **www.weser-kurier.de** • **www.butenunbinnen.de**

Besuchen Sie uns auf: mein-bremen.net